

## Petitionen und Standesinitiativen Pétitions et initiatives des cantons

**Präsident:** Sie haben dazu schriftliche Anträge und Unterlagen der Kommission erhalten. Der Herr Kommissionspräsident hat keine Ergänzungen anzubringen.

### 79.256

#### Regierungsstatthalter des Bezirkes Raron. Kirchengestaltung von Raron

#### Préfet du district de Rarogne. Décoration de l'église de Rarogne

Herr **Masoni** unterbreitet namens der Petitionskommission den folgenden schriftlichen Bericht:

1. Mit Schreiben vom 15. Februar 1979 reichte der Regierungstatthalter des Bezirkes Raron eine Petition ein, womit er die eidgenössischen Räte ersucht, das Schweizerische Landesmuseum anzuweisen, «die aus der Kirche von Raron stammenden Kultgegenstände (Baldachin-Altar mit dem Kirchenpatron, dem heiligen Romanus und die romanische Madonna mit Kind) wieder an ihrem angestammten Herkunftsort, d. h. in der Burgkirche von Raron, zur Verehrung und zum Kult aufzustellen, unbeschadet der daran bestehenden zivilrechtlichen Eigentumsrechte».

Zur Begründung seiner Eingabe macht der Regierungstatthalter geltend, das Schweizerische Landesmuseum habe diese Gegenstände in den 20er Jahren gekauft, «da man noch der Meinung war, die Verbringung von Kunstwerken von grosser Bedeutung in die Museen stelle einen kulturell wertvollen Akt dar». Inzwischen sei die Öffentlichkeit der Auffassung, dass Kultgegenstände und Kulturgüter an ihrem angestammten Ursprungsort belassen werden sollten. Die wertvollen Kultgegenstände würden in der Burgkirche von Raron vermisst, insbesondere weil die neugotischen Altäre und Einrichtungsgegenstände bei der Restauration der stilistischen Säuberung zum Opfer gefallen seien. Der jetzige Anblick der Kirche entspreche keineswegs dem katholischen Kultempfinden. Auch kunstgeschichtlich sei es fragwürdig, dass die zu einer Kirche gehörenden Altäre und Plastiken in einem anderen Landesteil als Museumsgegenstände aufgestellt werden.

2. Das Schweizerische Landesmuseum weist in seiner Stellungnahme zur Petition darauf hin, dass schon mehrere Gesuche um «Rückführung des alten Altars an seinen ursprünglichen Standort» abgewiesen worden sind. Die Eidgenössische Kommission für das Schweizerische Landesmuseum habe am 27. Oktober 1971 ein erweitertes Gesuch des Regierungstatthalters des Bezirkes Raron aus folgenden Gründen abgelehnt:

«1. Weil der Altar nicht mehr an seinem ursprünglichen Ort aufgestellt werden kann, da die Kirche, für den er bestimmt war, abgebrochen und durch die heutige ersetzt worden ist.

2. Der Altar rechtmässig durch das Schweizerische Landesmuseum erworben wurde.

3. Die zusätzlich jetzt verlangte Figur mit Bewilligung des Bischofs von Sitten 1924 an das Schweizerische Landesmuseum verkauft wurde.

4. Der Kanton, dem die Objekte zum Kauf angeboten waren, diese mit der Begründung, sie seien zu teuer, damals zurückgewiesen hat.

5. Sieben Figuren (inzwischen Eigentum des Schweizerischen Landesmuseums) für die abgebrochene Pfarrkirche von Raron geschaffen und vermutlich nicht in den Neubau von 1510–1512 einbezogen, sondern als ‚materia sacra‘ in das neugebaute Beinhaus gestellt worden sind.

6. Zwei Figuren aus dem eben erwähnten Bestand vom Schweizerischen Landesmuseum dem Musée de Valère in Sitten als Depositum überlassen wurden.

7. Die Objekte des Schweizerischen Landesmuseums zu den Spitzenstücken gehören und deshalb ausgestellt sind.

8. Es sich um einen ungeheuren Präzedenzfall handeln würde, dessen Konsequenzen nicht abzusehen sind.»

In der Zwischenzeit seien zwei weitere Gesuche vom 21. September 1972 und vom 26. Mai 1976 ebenfalls abgelehnt worden. Die Eidgenössische Kommission für das Schweizerische Landesmuseum wende heute eine eher noch straffere Praxis in der Auslegung der Ausleih- und Rückführungsgesuche an.

3. Die Petitionskommission hat grosses Verständnis für das Anliegen des Petenten. Obwohl kein Rechtsanspruch auf Rückerstattung besteht, weil das Kunstwerk rechtmässig verkauft wurde, hat die Kommission das Anliegen des Petenten auch unter dem Gesichtspunkt eines eventuellen moralischen Anspruches prüfen wollen. Auch unter diesem Aspekt konnte sie jedoch nicht zum Schluss gelangen, die Rückerstattung der Kultgegenstände zu empfehlen, was auch nicht in die Zuständigkeit der Legislative fällt. Zu diesem Beschluss führte in erster Linie die Ueberlegung, dass mit der Rückführung ein schwerwiegender Präzedenzfall geschaffen würde. Das Schweizerische Landesmuseum lehnte bisher alle ähnlich lautenden Gesuche ab, insbesondere bei Kunstwerken, die sich nicht leicht transportieren lassen, die Spitzen- oder Einzelstücke sind und die spezielle konservierungstechnische Betreuung benötigen. Bei Gegenständen, die seit Jahren in einem Museum gepflegt und untersucht wurden und die allgemein als Besitz dieses Museums bekannt sind, besteht auch eine Bindung zum neuen Standort, welche nicht ohne Bedenken zerstört werden könnte. Im vorliegenden Fall ist auch zu berücksichtigen, dass der damalige Kauf des Kunstwerkes durch das Landesmuseum verhinderte, dass dieses mangels Interesse seitens des Kantons ins Ausland verkauft wurde.

4. Die Petitionskommission beantragt, von der Petition Kenntnis zu nehmen, ihr aber keine Folge zu leisten.

*Zustimmung – Adhésion*

### 78.203

#### Standesinitiative Basel-Stadt.

#### Mieterschutz. Wiederherstellung

#### Initiative du canton de Bâle-Ville.

#### Protection des locaux. Rétablissement

Herr **Masoni** unterbreitet namens der Petitionskommission den folgenden schriftlichen Bericht:

1. Die Stimmberechtigten von Basel-Stadt haben in der Volksabstimmung vom 24./26. Februar 1978 mit 48 070 gegen 16 309 Stimmen einer Standesinitiative zur Wiederherstellung des Mieterschutzes ihre Zustimmung gegeben. Am 28. Juni 1978 reichte der Grosse Rat die Standesinitiative ein, womit der Kanton Basel-Stadt beantragt, die Bundesverfassung wie folgt zu ergänzen:

Artikel 34sexies:

– der Bund erlässt Bestimmungen über die Gestaltung der Mietzinse und Nebenkosten von Immobilien sowie über den Kündigungsschutz der Mieter,

– zu hohe Mietzinse werden herabgesetzt. Jede Mietzinserhöhung muss der zuständigen Behörde zur Bewilligung vorgelegt werden,

– der Mieter kann gegen jede Kündigung Einsprache erheben. Ist die Kündigung nicht gerechtfertigt, so wird sie aufgehoben. Setzt eine an sich gerechtfertigte Kündigung den Mieter einer besonderen Härte aus, so wird die Kündigungsfrist erstreckt,

– die Kantone bezeichnen die für Mietzinskontrollen und Kündigungsschutz zuständigen Behörden und Aufsichts-

gane. Die Bundesgesetzgebung bestimmt die eidgenössischen Kontroll- und Rekursinstanzen.

2. Am 25. September 1977 war die Volksinitiative vom 30. Juni 1973 «für einen wirksamen Mieterschutz» vom Volk mit 1 043 798 Nein gegen 796 825 Ja sowie von 16 $\frac{1}{2}$  gegen 3 $\frac{1}{2}$  Ständesstimmen verworfen worden, ebenso der Gegenvorschlag der Bundesversammlung.

Basel-Stadt hatte mit 35 926 Ja gegen 27 523 Nein der Volksinitiative zugestimmt.

Die von der Ständesinitiative vorgeschlagenen Massnahmen stimmen weitgehend mit denen der Volksinitiative vom 30. Juni 1973 überein. Die Ständesinitiative steht somit im Widerspruch zum Entscheid der Mehrheit der Stände vom 25. September 1977.

3. Nach Ansicht der Petitionskommission, welcher die Vorprüfung der Ständesinitiative von Basel-Stadt obliegt (Art. 37 Abs. 1 Geschäftsreglement des Ständerates), wäre es verfrüht, so kurze Zeit nach dem negativen Volkentscheid eine Vorlage neu zur Diskussion zu bringen.

4. Die Petitionskommission beantragt einstimmig, der Ständesinitiative des Kantons Basel-Stadt keine Folge zu geben.

*Zustimmung – Adhésion*

#### 79.255

**Rassemblement jurassien. Erklärungen von Bundesrat Furgler vom 6. März 1979 im Nationalrat**

**Rassemblement jurassien. Déclarations de M. Furgler, conseiller fédéral, à l'occasion du débat du 6 mars 1979 au Conseil national**

M. Masoni présente, au nom de la Commission de pétitions, le rapport écrit suivant:

1. Le 14 mai 1979, le Rassemblement jurassien a remis une pétition portant 14 603 signatures aux présidents du Conseil national et du Conseil des Etats. Le texte de la pétition est le suivant: «Les personnes soussignées approuvent l'exposé fait par M. Jean-Claude Crevoisier, député au Conseil national, lors du débat qui a eu lieu le 6 mars 1979 à propos de la Question jurassienne. Elles affirment que ses déclarations expriment les vérités et concepts qui ont conduit à la naissance de la République et Canton du Jura. Elles invitent M. Kurt Furgler, conseiller fédéral, à retirer 'les insultes' ('bêtises', 'addition de mensonges') qu'il a proférées à la suite de cette intervention.»

2. La pétition a été transmise aux commissions des pétitions pour examen et rapport aux conseils.

3. Les pétitionnaires prétendent que les déclarations de M. Crevoisier, conseiller national, expriment la vérité, même celles qui ont été déclarées fausses par M. Furgler, conseiller fédéral.

Ce n'est pas par des signatures, mais par des faits seulement que l'on peut prouver l'exactitude d'affirmations, ce qui n'a pas été fait dans le cas présent. Il n'appartient ni au Parlement ni à la commission des pétitions de prouver qu'une description d'événements est juste ou fausse. Dans la mesure où les événements ne sont pas évidents, il faut laisser à l'histoire le soin de trancher.

Le Parlement ne peut pas entrer en matière sur la requête des pétitionnaires, selon laquelle M. Furgler, conseiller fédéral, devrait retirer les paroles qualifiant certaines déclarations de M. Crevoisier. Selon l'article 2, 2<sup>e</sup> alinéa, de la loi sur la responsabilité (RS 170.32), les membres des deux conseils et du Conseil fédéral ne peuvent pas être poursuivis pour les opinions qu'ils émettent au sein de l'Assemblée fédérale ou des commissions.

Le Parlement n'a donc pas la possibilité de donner suite à la pétition.

4. La Commission des pétitions propose de prendre acte de la pétition, mais de ne pas lui donner suite.

*Zustimmung – Adhésion*

#### 79.254

**Verein zur Abänderung der bestehenden Strafpraxis. Bedingter Strafvollzug bei Freiheitsstrafen bis zu 48 Monaten**  
**Association pour une réforme de la pratique pénale. Sursis pour des peines allant jusqu'à 48 mois d'emprisonnement**

Herr Masoni unterbreitet namens der Petitionskommission den folgenden schriftlichen Bericht:

1. Namens des Vereins zur Abänderung bestehender Strafpraxis (VAS) reichte Peter Zimmermann am 16. März 1979 eine Petition zur «Heraufsetzung der Höchstgrenze zur Gewährung des bedingten Vollzugs bei Freiheitsstrafen von 18 Monaten auf 48 Monate» ein.

Zur Begründung macht der VAS geltend, die Auswirkungen des gegenwärtigen Gefängnisystems auf einen einmal kriminell gewordenen Menschen seien katastrophal. Es sei nicht ersichtlich, warum ein Strafsystem aufrechterhalten bleibe, das – wie allgemein bekannt – nur noch dazu beitrage, dass Menschen gequält, in die Isolation und somit in den «Bilanzselbstmord» getrieben werden. Schon 1970 habe das Schutzaufsichtsamt des Kantons Zürich geschrieben: «Eine gezielte fürsorgliche Betreuung dieser Leute ist jedoch wichtig, weil durch eine erfolgreiche Hinführung zu einem geordneten Leben den Betroffenen der Strafvollzug erspart werden kann, der nach allgemein kriminologischer Erkenntnis einen kriminologischen Faktor *sui generis* darstellt. Mit der Erhöhung der Grenze zur Gewährung des bedingten Strafvollzugs werde ein erster Schritt zur Bekämpfung der hohen Selbstmordquote in den schweizerischen Gefängnissen getan.

2. Artikel 41 Absatz 1 des Strafgesetzbuches lautet: «Der Richter kann den Vollzug einer Freiheitsstrafe von nicht mehr als 18 Monaten oder einer Nebenstrafe aufschieben, wenn Vorleben und Charakter des Verurteilten erwarten lassen, er werde dadurch von weiteren Verbrechen oder Vergehen abgehalten, und wenn er den gerichtlich oder durch Vergleich festgestellten Schaden, soweit es ihm zumutbar war, ersetzt hat. . . .»

Diese Bestimmung ist seit dem 1. Juli 1971 in Kraft. Bei der damaligen Teilrevision des Strafgesetzbuches wurde die Dauer für die Gewährung des bedingten Strafvollzugs von 12 auf 18 Monate erhöht.

3. Im modernen Strafrecht gilt der Strafvollzug als Mittel zur Resozialisierung des Verurteilten. Artikel 37 Absatz 1 des Strafgesetzbuches bestimmt, dass der Vollzug der Zuchthaus- und der Gefängnisstrafe erziehend auf den Gefangenen einwirken und ihn auf das Wiedereintreten in das bürgerliche Leben vorbereiten soll. Nicht die Strafe, die Wiedereingliederung des Straffälligen in die Gesellschaft steht im Vordergrund. Erfüllt der Strafvollzug diesen Zweck, dann erscheint die Erhöhung der Höchstgrenze für die Gewährung des bedingten Strafvollzugs nicht notwendig. Diese Massnahme wäre aber dort zu begrüssen, wo der Wandel vom Vergeltungsdenken zum Behandlungsvollzug noch nicht gänzlich stattgefunden hat und auch dort, wo wegen praktischer Schwierigkeiten die Gesetzesbestimmungen über den Stufenstrafvollzug nicht angewendet werden können.

Die letzte Revision des StGB fand im Jahre 1971 statt. Damals wurde der Antrag der Mehrheit der nationalrätlichen Kommission (welcher sich auch der Bundesrat angeschlossen hatte), die Grenze für die Gewährung des bedingten Strafvollzugs auf zwei Jahre festzulegen, im Nationalrat angenommen, scheiterte aber am Widerstand des Ständerates.

Heute besteht die allgemeine Tendenz, die Gewährung des bedingten Strafvollzugs wenn immer möglich zu erleichtern, weil die Chance einer Resozialisierung des Straffälligen nicht mehr vom Vollzug der Strafe abhängig gemacht wird. Es ist anzunehmen, dass diese Tendenz auch bei der etappenweisen Revision des StGB zum Ausdruck kommen wird.

4. Die Petitionskommission beantragt, die Petition dem Bundesrat zur Kenntnisnahme zu überweisen.

*Zustimmung – Adhésion*

#### 79.253

**Anton Achermann, Hämlikon-Berg. Gleichstellung von Mann und Frau bei Beginn der Altersrentenberechtigung**  
**Egalité de traitement des hommes et des femmes en ce qui concerne l'âge donnant droit aux rentes vieillesse**

Herr **Masoni** unterbreitet namens der Petitionskommission den folgenden schriftlichen Bericht:

1. Anton Achermann reichte am 16. Januar 1979 eine Petition ein, worin er die Gleichstellung von Mann und Frau bei Beginn der Altersrentenberechtigung verlangt. Die heutige Regelung, wonach Männer, welche das 65. und Frauen, welche das 62. Altersjahr zurückgelegt haben, Anspruch auf eine einfache Altersrente haben, verstosse gegen Artikel 4 der Bundesverfassung und Artikel 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention. Diese Bestimmung sei daher entsprechend abzuändern.

Der Petent hatte gegen den Entscheid der Ausgleichskasse des Kantons Luzern, ihn ab 62. Altersjahr weder von der Beitragspflicht zu befreien noch ihm eine Altersrente auszurichten, Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das Eidgenössische Versicherungsgericht geführt. Dieses lehnte die Beschwerde ab mit der Begründung, es sei nicht befugt, die von der Bundesversammlung erlassenen Gesetze auf ihre Verfassungsmässigkeit zu überprüfen. Die Verwaltungsgerichtsbeschwerde sei daher, was die behauptete Verletzung von Artikel 4 der Bundesverfassung betreffe, nicht begründet. Die für Mann und Frau unterschiedliche Festlegung der Altersgrenze für die Entstehung des Altersrentenanspruchs widerspreche nicht der EMRK. Auch in dieser Hinsicht sei die Beschwerde abzuweisen.

2. Die Vorverlegung des Rentenalters der Frauen fand anlässlich der 4. AHV-Revision im Jahre 1956 statt. Man ging dabei davon aus, dass die Frau trotz der höheren Lebenserwartung physiologisch dem Mann gegenüber im Nachteil sei. Die Vorverlegung erfolgte aber auch aus versicherungstechnischen Gründen: dem Beitrag der alleinstehenden Frau stand als Gegenwert lediglich ihre einfache Altersrente gegenüber, wogegen der verheiratete Mann mit dem gleichen Beitragsansatz darüber hinaus noch einen Ehepaar-Zuschuss und vor allem Hinterlassenenrenten begründete, was durch die längere mittlere Lebensdauer der Frau nicht aufgewogen wurde.

3. Am 24. Juni 1977 wurde das revidierte Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung von beiden Räten verabschiedet (9. AHV-Revision). Dieses Gesetz wurde am 26. Februar 1978 vom Volk angenommen und trat am 1. Januar 1979 in Kraft.

Anlässlich der 9. AHV-Revision kam die Frage einer Gleichstellung von Mann und Frau bei der Rentenberechtigung verschiedentlich zur Sprache. Im Hinblick auf die Revision des Ehegesetzes, das für die Probleme der AHV eine entscheidende Rolle spielt und wegen des kommenden Bundesgesetzes über die berufliche Vorsorge, lehnten es beide Räte ab, bei dieser Revision den Rentenanspruch von Mann und Frau abzuändern. Im Entwurf des Bundesgesetzes über die berufliche Vorsorge ist dieser Altersunterschied beibehalten worden.

Der Bundesrat hat wiederholt darauf hingewiesen, dass die 10. AHV-Revision insbesondere den «Frauenfragen» gewidmet werden soll. Es bestehe die Absicht, bei dieser Revision die verschiedenen Aenderungswünsche mit Rücksicht auf die inneren Zusammenhänge im Rentensystem und in den finanziellen Auswirkungen zu prüfen und zu behandeln. Die Gleichstellung von Mann und Frau dürfte dabei eine entscheidende Rolle spielen.

4. Die Petitionskommission beantragt, die Petition dem Bundesrat zu überweisen zur gutscheinenden Verwendung bei der 10. AHV-Revision.

*Zustimmung – Adhésion*

#### 78.202

**Standesinitiative Genf.**  
**Plastik- und Einwegverpackungen**  
**Initiative du canton de Genève.**  
**Emballages plastiques et perdus**

M. **Masoni** présente, au nom de la commission, le rapport écrit suivant:

1. Le 22 juin 1978, le Conseil d'Etat du canton de Genève a déposé, à la suite de deux motions votées par le Grand Conseil, une initiative cantonale relative à la limitation des emballages plastiques et perdus. L'initiative demande d'édicter toutes mesures utiles en vue:

– de généraliser, autant que possible, dans le secteur de la distribution, l'emploi de bords et de bouteilles en verre de circulation, en lieu et place d'autres modes d'emballages pour liquides (plastique, verres d'un seul emploi, etc.);

– de limiter les emballages à l'indispensable;

– d'étudier la suppression, dans les plus brefs délais, de l'usage de plastiques chlorés dont, notamment, le PVC.

2. La procédure de consultation à propos de l'avant-projet de la loi fédérale sur la protection de l'environnement a été achevée le 30 septembre 1978. Les résultats de cette procédure ont été publiés. Le Conseil fédéral présentera prochainement au parlement le projet définitif de la loi.

Etant donné qu'une loi sur la protection de l'environnement est en voie d'élaboration, la Commission des pétitions considère qu'il ne serait pas indiqué de donner suite à l'initiative du canton de Genève. Cependant, afin que l'on ne perde pas de vue les buts poursuivis par cette initiative, elle soumet au conseil un postulat allant dans le même sens.

3. La Commission des pétitions propose de ne pas donner suite à l'initiative du canton de Genève.

*Zustimmung – Adhésion*

**Masoni**, Berichterstatter: Sie finden auf der Rückseite unseres Berichtes den Text des Postulates, das unsere Kommission vorschlägt. Wir beantragen, dieses Postulat zu überweisen.

*Text des Postulates vom 5. Juni 1979*

Der Bundesrat wird ersucht zu prüfen, ob im Zusammenhang mit den Arbeiten für ein Umweltschutzgesetz alle Massnahmen getroffen worden sind:

– um im Handel anstelle von anderen Verpackungsarten für Flüssigkeiten (Plastikbehälter, Einwegflaschen usw.) so weit wie möglich den Gebrauch von wiederverwendbaren Glasbehältern und Glasflaschen durchzusetzen;

– um übertriebene Verpackungen auf das absolut Notwendige zu beschränken;

– um in möglichst kurzer Zeit ein Verbot für chlorhaltige Kunststoffe, namentlich PVC, zu prüfen.

*Texte du postulat du 5 juin 1979*

Le Conseil fédéral est invité à examiner si, à l'occasion des travaux pour la loi fédérale sur la protection de l'environnement, toutes les mesures ont été prises en vue:

– de généraliser, autant que possible, dans le secteur de la distribution, l'emploi de bords et de bouteilles en verre de circulation, en lieu et place d'autres modes d'emballages pour liquides (plastique, verres d'un seul emploi, etc.);

– de limiter les emballages à l'indispensable;

– d'étudier la suppression, dans les plus brefs délais, de l'usage de plastiques chlorés dont, notamment, le PVC.

*Ueberwiesen – Transmis*

- 77.202 **Standesinitiative Bern**
- 78.201 **Standesinitiative Neuenburg**  
**Aenderungen im Bestand der Kantone**
- 77.202 **Initiative du canton de Berne**
- 78.201 **Initiative du canton de Neuchâtel**  
**Modifications dans la composition des cantons**

M. **Masoni** présente, au nom de la commission, le rapport écrit suivant:

La Commission des pétitions qui est chargée de procéder à l'examen préliminaire des initiatives des cantons de Berne et de Neuchâtel (art. 37, 1er al., règlement du conseil) a décidé, lors de sa réunion du 5 juin 1979, d'inviter le Conseil fédéral à présenter un rapport circonstancié sur celles-ci.

Cette décision ne vise pas à soutenir des menées séparatistes dans le Jura ou ailleurs, comme on a pu le lire dans certains commentaires de presse. La commission estime plutôt que des consultations populaires sur l'appartenance d'un territoire à un canton doivent rester exceptionnelles, si on ne veut pas provoquer des tensions constantes et l'instabilité.

Elle a décidé à l'unanimité de demander au Conseil fédéral de présenter un rapport, à elle-même ainsi qu'au Conseil des Etats, parce qu'elle se rend compte de la portée politique de la question soulevée. Il n'est certes pas aisé d'établir dans la constitution une procédure satisfaisante qui permette de trouver une solution à tous les cas. Mais l'existence d'une disposition constitutionnelle fixant la procédure à suivre au moins dans ses grandes lignes, aurait pu atténuer les tensions qui se sont produites lors de la création du canton du Jura. Une telle réglementation compléterait nos institutions libérales, sans pour autant favoriser des modifications dans la composition des cantons, et constituerait une soupape de sûreté en cas de conflit au sein d'un canton. Le fait que les initiatives ont été déposées par deux cantons, dont Berne, qui se sont montrés particulièrement réservés sur cette question au cours des dernières décennies, confirme la commission dans son opinion.

Compte tenu de la grande importance politique que présentent les deux initiatives, il ne serait pas judicieux d'attendre la révision totale de la constitution pour les traiter; des considérations touchant aussi bien les délais que le fond de l'affaire s'y opposent. Aussi la commission demande-t-elle que le Conseil fédéral se prononce sur le fond de celle-ci et indique à quel moment il estime que les initiatives devraient être traitées.

S'écartant de l'usage observé précédemment et qui consistait à remettre en principe directement les initiatives des cantons au Conseil fédéral, la commission informe le plénum de sa décision, afin que la discussion puisse être demandée le cas échéant.

**Präsident:** Die Kommission hat in ihrer Sitzung beschlossen, den Bundesrat um einen umfassenden Bericht über diese Standesinitiativen zu ersuchen. Wie Sie am Schluss des Berichtes ersehen, wünscht die Kommission, dass das Plenum von diesem Beschluss Kenntnis nehme, damit eventuelle Diskussionsanträge gestellt werden können. Es liegen keine Wortbegehren vor; Sie haben damit der Auffassung der Kommission zugestimmt.

*Schluss der Sitzung um 10.40 Uhr*  
*La séance est levée à 10 h 40*

## Zehnte Sitzung – Dixième séance

Freitag, 22. Juni 1979, Vormittag  
Vendredi 22 juin 1979, matin  
8.00 h

*Vorsitz – Présidence: Herr Luder*

### Mitteilung – Communication

**Präsident:** Herr Bundesrat Rudolf Gnägi hat dem Präsidenten der Vereinigten Bundesversammlung mitgeteilt, dass er auf Ende Jahr von seinem Amt zurücktritt. Seine Demission hat keinen Zusammenhang mit den gegenwärtigen Diskussionen über EMD-Angelegenheiten. Die Vereinigte Bundesversammlung wird die Verdienste Bundesrat Gnägis in der Dezembersession würdigen.

76.222

### Parlamentarische Initiative. Regierungsrichtlinien und Finanzplanung (Weber-Arbon)

### Initiative parlementaire. Directives de politique gouvernementale et plan financier (Weber-Arbon)

Siehe Seite 2 hiervor — Voir page 2 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 22. Juni 1979  
Décision du Conseil national du 22 juin 1979

#### Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Gesetzentwurfes

32 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Bundesrat – Au Conseil fédéral*

78.014

### Raumplanung. Bundesgesetz Aménagement du territoire. Loi

Siehe Seite 295 hiervor — Voir page 295 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 21. Juni 1979  
Décision du Conseil national du 21 juin 1979

#### Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Gesetzentwurfes

32 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Nationalrat – Au Conseil national*

## Petitionen und Standesinitiativen

### Pétitions et initiatives des cantons

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1979
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	21.06.1979 - 09:00
Date	
Data	
Seite	311-314
Page	
Pagina	
Ref. No	20 007 818